

## KURZ UND PRÄGNANT

### CDU-Jugendpolitik ist doppelzüngig

In der Plenardebatte am 1. September zum CDU-Antrag zur Jugendpolitik hat der LINKE-Abgeordnete Christian Schaft der CDU Doppelzüngigkeit vorgeworfen. Einerseits setze sie sich wortreich für mehr Mitsprache von Kindern und Jugendlichen ein, andererseits würden durch CDU-Bundesgesetzgebung hunderttausenden Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 20 Jahren Job-Center Leistungen gestrichen. „Die Regeln für Strafen sind hier noch strenger als bei den erwachsenen Leistungsempfängern.“ Der Abgeordnete erinnerte daran, dass die CDU im letzten Jahr sogar gegen die Absenkung des Wahlalters für Jugendliche auf 16 Jahre stimmte. Obwohl der CDU-Antrag zu wenig auf die Einbeziehung von Jugendlichen orientiere, wurde er mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen in den Jugendausschuss überwiesen, um ihn dort überarbeiten zu können. ■

### Arbeitsmarktzahlen: Erfreulicher Trend

Mit Blick auf die aktuellen Arbeitsmarktdaten erklärte Ina Leukefeld, Arbeitsmarktpolitikerin der LINKE-Landtagsfraktion: „Es ist erfreulich, dass der Arbeitsmarkt in Thüringen im August wieder eine positive Entwicklung im Vergleich zum Vormonat nimmt.“ Die Zahl der Arbeitslosen sank um gut 1.700 auf rund 73.400, damit waren es auch rund 9.300 weniger als vor einem Jahr. Die Arbeitslosenquote sank auf 6,4 Prozent. „Unsere Arbeitsmarktinstrumente zur öffentlich geförderten Beschäftigung und das Programm ‚Arbeit für Thüringen‘ entfalten also weiterhin entlastende Wirkung.“ Wenn man aber auf die so genannte Unterbeschäftigung blicke (wer durch Weiterbildung, Arbeitsgelegenheiten, Arbeitsunfähigkeit o.a. Programme nicht als arbeitslos erfasst wird), dann betrage die reale Arbeitslosenzahl 98.749 Personen. Es gebe auch einen deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit unter Ausländern: Die Zahl stieg um 4,9 Prozent gegenüber dem Vormonat und um 46 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat. Nach jüngsten Presseinformationen arbeiteten viele Flüchtlinge in Deutschland schwarz – und das zu Dumpinglöhnen und unter schlechten Arbeitsbedingungen. „Das mag stimmen und ist schlimm genug. Schwarzarbeit darf man aber nicht in erster Linie den Flüchtlingen vorwerfen. Wenn sie offiziell eingestellt würden, wäre das der beste Weg zur Verhinderung von illegaler Beschäftigung und würde Ausländer nicht kriminalisieren.“ ■

# Weiterer Fall für den Sonderermittler

**Bei der Thüringer Polizei wurden offensichtlich seit 2009 Computer heimlich überwacht**

**Zu den Informationen, wonach bei der Thüringer Polizei seit 2009 Computer offenbar heimlich überwacht wurden, erklärte Steffen Dittes, innenpolitischer Sprecher der Linksfraktion:**

„Wir gehen davon aus, dass der vom Thüringer Innenminister Dr. Holger Poppenhäger eingesetzte Sonderermittler, der Telefonaufzeichnungen bei der Polizei sowie die Verwendung des Programms 'Device Watch' untersuchen soll, auch intensiv die beiden vom MDR erwähnten Zusatzmodule prüfen wird. Zu klären ist hierbei, mit welchem tatsächlichen Funktionsumfang diese vom Hersteller an die Thüringer Polizei ausgeliefert, welche Funktionen zu welchem Zweck freigeschaltet und genutzt und zu welchen Anlässen welche Art von Zugriffen protokolliert wurden.“

„Grundsätzlich gibt es ein berechtigtes Interesse für Zugangs- und Freigabeverwaltung, einen Schutz vor nicht-autorisierten Datenträgern und unkontrollierten Datenabflüssen aus Polizei-

computern, auch weil dort viele sensible personenbezogene Daten lagern. Es muss sichergestellt sein, dass die dafür zum Einsatz kommende Software zweckmäßig und geeignet ist, die polizeiliche Arbeit und den Datenschutz von Bediensteten und Dritten gleichermaßen zu gewährleisten. Gleichzeitig muss ausgeschlossen sein, dass eine Sicherheitssoftware zur Überwachungssoftware umfunktioniert wird“, so der Landtagsabgeordnete. Vorfälle aus der Vergangenheit, bei denen schützenswerte Daten aus Polizeisystemen an Kriminelle, Neonazis oder Dritte abflossen, verdeutlichten, wie wichtig eine hohe Sensibilität sei.

Nachdem der LINKE-Abgeordnete Rainer Kräuter im Sonderplenum am 17. August zu den Telefonaufzeichnungen bei der Polizei auf missbräuchliche Möglichkeiten beim eingesetzten Programm „DeviceWatch“ hinwies, hatte Minister Dr. Poppenhäger umgehend den Untersuchungsauftrag des Sonderermittlers erweitert, der seinen ersten Bericht binnen zwei Monaten vorlegen soll.

Rainer Kräuter, gewerkschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion, erklärte dazu: „Bei der Einführung, Anwendung und Erweiterung einer solchen Software ist der zuständige Personalrat nicht nur zu informieren, sondern diesem steht das Recht der vollen Mitbestimmung zu. Ein Beschäftigter muss wissen, welche Tätigkeiten durch den Dienstherrn aufgezeichnet werden und welche weiteren Möglichkeiten zur Aufzeichnung und Überwachung dem Dienstherrn dafür zur Verfügung stehen und unter welchen Voraussetzungen diese zum Einsatz kommen. Hier schauen wir uns intensiv an, ob und inwiefern das damals von der CDU geführte Innenministerium die Personalräte nicht nur informierte, sondern wie diese nach dem Thüringer Personalvertretungsrecht ihr Mitbestimmungsrecht wahrnehmen konnten.“

Die Linksfraktion wird dem Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales dazu mehrere Fragen übermitteln, die bei der Überprüfung der Vorgänge berücksichtigt werden sollen. ■

## Nachteilsausgleich für Gehörlose



„Auch gehörlose Menschen in Thüringen benötigen dringend einen Nachteilsausgleich in Form eines Gehörlosengeldes. Dafür werde ich mich bei den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung weiterhin einsetzen“, so Karola Stange, behindertenpolitische Sprecherin der Linksfraktion, nach einem Gespräch mit der Vorsitzenden des Landesverbandes der Gehörlosen, Erika Beyer (s. Foto).

Der Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Blindengeldgesetzes werde derzeit im Kabinett beraten, soll zeitnah in den Landtag kommen, und rückwirkend ab dem 1. Juli 2016 gelten. „Gehörlose Menschen haben das Recht, am Leben in allen Bereichen der Gesellschaft gleichwertig teilhaben zu können – das gilt vor allem für ein selbstbestimmtes Wohnen außerhalb von Einrichtungen, aber auch für Arztbesuche,

Volkshochschul-Kurse oder kulturelle Veranstaltungen. Dazu bedarf es dringend der Einführung eines Gehörlosengeldes“, so die Landtagsabgeordnete. Weiteres Gesprächsthema waren Kommunikationsmöglichkeiten im Alter und speziell für Demenz-Kranke vor allem auch in Pflegeheimen und im Rahmen der ambulanten Pflege.

Auch die Information und Aufklärung über Unterstützungsleistungen zur Eingliederung auf den Arbeitsmarkt und über Pflegeleistungen sowie die Vernetzung bestehender Angebote für gehörlose Menschen besonders im Alter stellen eine Herausforderung dar. Die Linksfraktion wird sich dieser Themen annehmen und in intensiver Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Gehörlosen ihre Umsetzung politisch unterstützen. ■

## Neue Studie zu Ausbildungsabbrüchen

Eine aktuelle Studie des Soziologischen Forschungsinstitutes Göttingen (SOFI) zeigt, dass immer noch ein Viertel aller beruflichen Ausbildungsverträge jedes Jahr vorzeitig gelöst werden. „Eine schwierige Situation für die betroffenen Jugendlichen, denn ein Abbruch der Ausbildung wird meist als Scheitern betrachtet und mit Blick auf Berufswahl und Ausbildungsfähigkeit diskutiert, ohne den betrieblich-beruflichen Kontext zu sehen“, so die ausbildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Kati Engel. Neben den Schulabschlüssen spielten die Attraktivität der Berufe und die Größe der Ausbildungsbetriebe eine Rolle. „In kleineren Betrieben und bei geringeren betrieblichen Ausbildungsinvestitionen kommt es häufiger zu Ausbildungsabbrüchen.“

Klein- und Kleinstbetriebe, die fast die Hälfte aller Ausbildungsplätze stellen, haben meist durch den wirtschaftlichen Druck zu wenig finanzielle und personelle Ressourcen, um eine Ausbildung optimal zu gestalten. Viele Jugendlichen erleben die Ausbildungszeit auch als Zeit des persönlichen Umbruchs. Neue Verhaltensanforderungen im Betrieb und private Umstellungen überfordern sie. Oft haben die Auszubildenden keine klaren Ansprechpartner und es werden keine regelmäßigen Anleitungs- und Feedbackgespräche geführt. Sie nehmen dies dann als fehlenden kollegialen Respekt, mangelnde Wertschätzung und als Ausdruck der eigenen Machtlosigkeit wahr. ■